



Alles, was den Bürger interessiert!!!

Stadtwerke sind mit der SPD nicht zu machen!

Die SPD-Fraktion im Rat der Stadt Lichtenau lehnt die Gründung von Stadtwerken unter Beteiligung des Juniorpartners AWP GmbH (Tochtergesellschaft der E-ON Westfalen Weser AG) strikt ab. „Die Gebührenstabilität im Wasser- und Abwasserwerk ist auf Jahre gesichert“, so Fraktionsvorsitzender Markus Lübbers. „Zudem verfügen beide Werke über eine sehr hohe Eigenkapitalquote.“ Diese Aussagen wurden stets durch den Wirtschaftsprüfer Herrn Bönker von der prüfenden Sozietät Bönker & Seifert gemacht.

Privater Investor ohne Not

Warum wollen also Bürgermeister Wange und die CDU-Mehrheitsfraktion sich unbedingt einen Partner aus der Privatwirtschaft mit Gewinnerzielungsabsicht ins Boot holen?

Wurden Wasserwerk und Abwasserwerk bisher als Einrichtungen der Daseinsvorsorge eigenverantwortlich geführt, um die Gebühren für die Bürgerinnen und Bürger möglichst niedrig zu gestalten, wie es der ehemalige Kämmerer der Stadt Lichtenau, Alfons Werner aus Atteln, in seinem veröffentlichten Leserbrief trefflich darstellt, so ist es das Bestreben, eines jeden privaten Investors, Geld zu verdienen. Die AWP GmbH ist ein auf Gewinn ausgerichtetes Unternehmen und

keine karitative Einrichtung. Sie will die eingebrachten Einlagen verzinst haben, und das nicht schlecht. Aber warum sollen die Gebührenzahler Kapital verzinsen, welches in den Werken gar nicht benötigt wird?

Doch von solchen Gedanken lassen sich Wange und die CDU-Mehrheitsfraktion nicht leiten. So wurde die Gründung der Stadtwerke zum 01.01.2009 beschlossen.

Keine Zugeständnisse an E-ON

Der Juniorpartner AWP GmbH wird im ersten Quartal eine finanzielle Einlage von 250 tausend Euro einbringen. Die Stadt Lichtenau bringt von dem vorhandenen Eigenkapital der Wasserwerkes in Höhe von rd. 2,8 Millionen Euro eine Summe von 750 tausend Euro als Sachwert in die Gesellschaft ein, so dass die Stadt über eine 75% Beteiligung an der Stadtwerke GmbH verfügt. Toll ausgedacht und ausgerechnet Herr Wange, denn tatsächlich bringt die Stadt Lichtenau sowohl das Wasserwerk als auch das Abwasserwerk in die GmbH ein. Allein das Wasserwerk mit seinem Wert von 2,8 Millionen Euro als Einlagewert würde schon eine 90 % Beteiligung an der Stadtwerke GmbH bedeuten. Doch man hat ja Zugeständnisse gegenüber der E-ON Tochter gemacht. Daher wird der Differenzwert zwischen

Sacheinlage und tatsächlichem Wert der Werke als zins- und tilgungsloses Darlehen eingebracht. Das soll einer verstehen, Bürgermeister Wange.

Eigenkapitalverzinsung führt zu steigenden Gebühren

Sprechen wir von der immer wieder propagierten Eigenkapitalverzinsung. Diese Verzinsung wurde und wird von der SPD immer wieder abgelehnt. Jetzt muss sie wohl zwangsläufig eingeführt werden. Denn die AWP will das eingebrachte Kapital verzinst haben. Wenn die CDU diese Verzinsung unbedingt will, fragt sich, warum wird dann nicht das ganze Kapital, sprich die 2,8 Millionen für das Wasserwerk und die Einlage der AWP von 250 tausend Euro verzinst, sondern nur das Kapital der AWP und die Einlage der Stadt? Und warum holen wir uns einen privaten Investor, der mit den Geldern der Gebührenzahlerinnen und Gebührenzahler Geld verdient? Eine Verzinsung des Eigenkapitals der Stadt würde wenigstens dem städtischen Haushalt und somit den Lichtenauer Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern zu Gute kommen.

Fragen über Fragen. Plausible Antworten gibt es nicht. Es wird ein weiteres schlechtes Vermächtnis der scheidenden Führungsspitze der CDU Wange und Hölscher bleiben.

Es stinkt zum Himmel! - CDU und Biogasanlage

Die CDU fordert nun öffentlich die Stilllegung der Biogas-Anlage und die Umwandlung des Gebietes um den Paddelteich in Henglar in ein Naturschutzgebiet.

Der Wunsch ist verständlich und jeder vernünftige Mensch wird sich dem anschließen, aber ihn zu äußern, nachdem man selbst der Errichtung der Anlage im Rat der Stadt Lichtenau vollmundig und mit einer satten Mehrheit beinahe vollzählig zugestimmt hatte, ist aberwitzig.

Gemeindliches Einvernehmen

Im kommunalen Genehmigungsverfahren gibt es ein Instrument, das unter dem Obertitel „Erteilung des gemeindlichen Einvernehmens“ die Zustimmung des Rates der Gemeinde/Stadt sicher gestellt wird, in der ein Bauvorhaben durch die Bezirksregierung oder den Kreis genehmigt werden soll. Sind die Voraussetzungen für das Bauvorhaben im Flächennutzungsplan etc. gegeben, muss der Rat das Einvernehmen erteilen. Verweigert er diese, so muss der Bürgermeister den Beschluss beanstanden, bzw. muss damit gerechnet werden, dass der Antragsteller den Klageweg beschreitet und ggf. Schadensersatz-

forderungen stellt.

Es hätte also einer gewissen Zivilcourage bedurft, wie die SPD gegen die Genehmigung der Biogasanlage an diesem Standort in direkter Nähe zur Altenau und dem dortigen Quellgebiet zu stimmen.

Fehler der Vergangenheit

Im Grunde hätte dargelegt werden müssen, dass schon die Entscheidungen im Flächennutzungsplan und im Gebietsentwicklungsplan, die einige Jahre zurück liegen, Fehlentscheidungen darstellten, indem sie eine intensive landwirtschaftliche Nutzung nahe legten. Schon hier hätte dieses wertvolle Naherholungsgebiet unter den entsprechenden Schutz gestellt werden müssen. Dies hätte auch die Errichtung des zuvor bereits errichteten, stark emittierenden Schweinestalls verhindert.

Die Entscheidung der CDU, das gemeindliche Einvernehmen für die Errichtung dieser sich als Naturkiller erweisenden Anlage zu erteilen, basiert auf a) der Unkenntnis der Lage vor Ort (die CDU-Ratsmitglieder aus Henglar blieben der entscheidenden Sitzung fern und hatten offensichtlich „versäumt“, sich zur Sache eindringlich und engagiert zu

äußern),

b) dem in der CDU verbreiteten Leitsatz „Unser Bürgermeister und seine Verwaltung werden es schon richten“ und

c) dem Mangel an Bereitschaft, auch unbequeme Entscheidungen zu treffen.

Die Haltung der Lichtenauer SPD zu dieser Anlage war und ist:

- die Biogas-Anlage (sowie der vorher gebaute Schweinestall) gehören nicht an diese Stelle und stellen einen unverzeihlichen Eingriff in das schützenswerte Naherholungsgebiet dar

- Die Anlage entspricht nach Aussage des Kreises Paderborn und Zeugenaussagen zufolge nicht den notwendigen Sicherheitsmaßstäben und darf daher nicht wieder in Betrieb gehen.

- Zukünftige Bauvorhaben landwirtschaftlicher und privater Art dürfen in diesem Gebiet auf keinen Fall genehmigt werden und es müssen Vorkehrungen getroffen werden (z. B. Änderung des Flächennutzungsplanes, Unterschutzstellung des gesamten Bereichs), die solche Planungen im Keim ersticken.

Massive Probleme im Schulbereich — SPD fordert Verbundschule

Lichtenauer Schulen standen in der Vergangenheit schon des Öfteren im Blickpunkt. Auch aktuell weist die SPD-Fraktion wieder auf gravierende Probleme hin, die in naher Zukunft gelöst werden müssen.

Sinkende Schülerzahlen

Insgesamt sinkende Schülerzahlen haben auch in Lichtenau eine Diskussion über die Zukunft der Schullandschaft ausgelöst. Die Dreizügigkeit der Realschule ist nicht mehr gewährleistet, die Hauptschule kann zukünftig nur noch einzügig geführt

werden. Also bleiben einer geplanten Fünzügigkeit zukünftig zwei Klassen pro Jahrgang, also insgesamt 12 Klassenräume ungenutzt. Völlig unverständlich, dass Bürgermeister Wange gegen einen ausdrücklichen Ratsbeschluss der Errichtung einer Verbundschule (Haupt- und Realschule in einer Schule zusammen) in Borchon zugestimmt hat. Diese wird zukünftig nicht nur Realschüler aus Etteln und Dörenhagen, die bislang die Lichtenauer Realschule besuchten, abwerben. Auch für Hauptschüler aus dem Altenautal ist diese

Schule höchst attraktiv.

Riesengroße Klassen in der Realschule

Mit Recht sind viele Eltern über die hieraus resultierende Größe der Klassen ihrer Kinder erbost, die in den Jahrgängen 5-6 von jeweils deutlich mehr als 30 Kinder besucht werden. Josef Hartmann, schulpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion: „Hier ist einfach ein moderner Unterricht nicht gewährleistet. Vor allem kann unter solchen Bedingungen die im neuen Schulgesetz vorgeschriebene individuelle Förderung kaum reali-

siert werden.“ Hierfür trägt nicht nur die CDU-Schulministerin Sommer, sondern auch Bürgermeister Wange mit seiner einsamen Entscheidung für die Borchener Verbundschule ein gerüttelt Maß an Mitverantwortung. Diese untragbare Situation führt auch dazu, dass notwendige Wechsel aus der Hauptschule oder dem Gymnasium zur Realschule nicht stattfinden können. Dies führte im letzten Jahr dazu, dass ein freier Platz in der Realschule bei drei wechselwilligen Kindern per Losentscheid vergeben wurde. **Dies ist einfach unwürdig und ein Skandal.**

Ganztagschule wider Willen

Gleichzeitig wurde der Hauptschule gegen ihren ausdrücklichen Willen ein Ganztagskonzept aufgedrückt. Die SPD-Fraktion hat grundsätzlich kein Problem mit Ganztagsunterricht. Unter den Bedingungen einer Einzügigkeit, mit einer begrenzten Anzahl an Lehrern, v. a. Fachlehrern in bestimmten Fächern wie Musik,

Kunst usw., hält sie Ganztagsunterricht nicht für wünschenswert, zumal dieser nicht zum Nulltarif zu haben ist und erhöhte Fahrt- und Ausstattungskosten mit sich bringt. Ein zunächst angedeuteter, eigentlich auch dringend notwendiger früherer Unterrichtsbeginn konnte aus Kostengründen bisher nicht realisiert werden. Einige der Kinder kommen im Winter erst im Dunklen gegen 17.00 Uhr zurück. Für Aktivitäten in Vereinen bleibt dann oft kaum noch Zeit und die Identifikation mit dem Heimatort geht verloren.

Verbundschule als Lösung

Eigentlich wäre eine Verbundschule die Lösung für einen Teil der Lichtenauer Schulprobleme. Sie würde sowohl verträgliche Klassengrößen als auch ein hohes Maß an Durchlässigkeit zwischen Haupt- und Realschule gewährleisten. Auch stünden bei einer dann dreizügigen Schule ausgebildete Fachlehrer in allen Fächern zur Verfügung und könnten

die notwendige Qualität des Unterrichts gewährleisten.

Da in einer Verbundschule die Festlegung entweder Haupt- oder Realschule erst nach Klasse 6 erforderlich ist, entfielen für viele Eltern die schon am Ende der Grundschule notwendige, oft schmerzhaft Entscheidung, welche Schule die richtige für ihr Kind ist.

Gemeinschaftsschule prüfen

Im Bereich der Grundschulen stellt sich die Situation deutlich besser dar. Die OGS (offene Ganztagsgrundschule) ist ein Erfolgsmodell. Sie ist von der SPD schon lange gefordert worden. Schließlich konnte sich die heimische CDU den guten Argumenten nicht mehr verschließen und stimmte der Errichtung einer OGS in allen Lichtenauer Grundschulen zu. Bleibt zu hoffen, dass die CDU auch in Zusammenhang mit Verbund- und Gemeinschaftsschule Einsicht zeigt und diese nicht weiter verhindert.

Nichts Neues im TZL — Wange steht in der Verantwortung

Immer mal wieder für eine Schlagzeile gut ist das TZL in Lichtenau. Mal betrifft sie den Bürgermeister, mal den 2. Geschäftsführer Günther Benik. Immer wieder wird hoffnungsvoll in die Zukunft geblickt, ohne dass sich bis heute an der prekären Lage irgendetwas geändert hat. Stattdessen Konzeptlosigkeit, leere Versprechungen. Hilflosigkeit auf breiter Front.

Das sind die Fakten:

Die aktuelle Auslastung liegt bei knapp 30 %. 120.000€ sind jährlich als Zuschuss der Stadt zur Erhaltung der Liquidität (SPD stimmte dagegen) notwendig. Hinzu kommt ein einmaliger Zuschuss von 400.000€ (SPD stimmte dagegen). Die Firma EWO macht für erbrachte Leistungen Kosten in Höhe von 400.000 € geltend. Wahrlich

keine Erfolgsstory.

Ein Grund für die mangelnde Auslastung ist sicher, dass der für die Werbung von Mietern vorgesehene sechsstellige Eurobetrag einfach für erhöhte Baukosten umgenutzt wurde.

Viele aktuelle Probleme sind Folge schlechter Verträge der Anfangszeit. Die Verteilung der Aufgaben ist nicht oder nur unzureichend geregelt. Wer ist beispielsweise für die Nebenkostenabrechnung, die Mahnverfahren zuständig?

Grundlegende Entscheidungen können nur mit Mehrheit von 75% getroffen werden. Hier blockieren sich die Gesellschafter gegenseitig.

All diese Problemen wurden bis 2007 unter den Tisch gekehrt.

Auf Nachfragen der Oppositionsparteien im Rat lieferte Wange immer

geschönte Zahlen und gab positive Ausblicke. Der CDU-Fraktionsvorsitzende Hölscher als Aufsichtsrat schwieg gegenüber den gewählten Gremien über die missliche Lage. Mit dem Geschäftsbericht für das Jahr 2006 wurde das Dilemma dann in seiner ganzen Tragweite klar: **So fährt das TZL gegen die Wand.**

Aktionismus war angesagt. Arbeitsgruppen wurden gebildet, die Oppositionsparteien sollten mit ins Boot, ein Gutachten für 35.000€ (SPD stimmte dagegen) wurde von der CDU-Mehrheit beschlossen. Der Bürgermeister erklärte das TZL zur Chefsache. In der Folge kam es zu heftigen Auseinandersetzungen der beiden Geschäftsführer, die dann mit verheerender Öffentlichkeitswirkung und unzufriedenen Mietern in Beniks Rücktritt mündeten.

Wie geht's weiter?

Auf der Homepage der Stadt Lichtenau heißt es nach dem Rücktritt des 2. Geschäftsführers: „Der Bürgermeister ist nun alleiniger Geschäftsführer des Zentrums für Zukunftsenergien und blickt positiv in die Zukunft. Das ursprüngliche Konzept für das TZL (...) könne nun zielorientiert und zeitnah verwirklicht werden.“ Hier wird der Eindruck erweckt, für alles Übel beim TZL sei Günther Benik verantwortlich,

gleichzeitig wird Wange zum Heilsbringer ernannt. Aber: **Wange ist und war als Geschäftsführer des Mehrheitsgesellschafters Stadt Lichtenau immer gefordert, Einfluss auf die Entwicklung zu nehmen und sie positiv zu gestalten und das ohne Erfolg.**

Auch die geplante Unterbringung der neu gegründeten Stadtwerke im TZL erweist sich bei genauer Betrachtung als Flop. Verwaltungsarbeiten im Wasserbereich wurden bisher von

den städtischen Bediensteten im Rathaus erledigt. Werden für die neue Stadtwerke GmbH eigene Räumlichkeiten im TZL angemietet, finanziert der Gebührenzahler mit dem Wasserpreis die zusätzliche Miete, die der Bürgermeister dann als eine Erhöhung der Vermietungsquote propagieren kann. Die angedachte Verpflichtung eines hauptamtlichen Geschäftsführers ist bei einer nüchternen Kosten- Nutzenanalyse höchst illusorisch.

Die Lichtenauer CDU — zerstritten und konzeptlos

Seit einiger Zeit häufen sich Meldungen, die auf massive Probleme innerhalb der Lichtenauer CDU schließen lassen. Der Fraktionsvorsitzende Hölscher tritt zurück, Bürgermeister Wange nicht mehr an, der voreilig nominierte Bürgermeisterkandidat wird aus den eigenen Reihen in Frage gestellt.

Bgm. Wange tritt nicht mehr an

Nicht in erster Linie sein Alter, sondern die heftige Kritik an seiner Amtsführung und viele unglückliche und falsche Entscheidungen könnten Bürgermeister Wange zum Nichtantritt bei der nächsten Wahl bewogen haben. Umstrittene Entscheidungen wie die Zustimmung zu einer Verbundschule in Borchen, unerledigte Baustellen (TZL, Zendersche Hofanlage etc.) stehen in Kontrast zur Selbstdarstellung, mit der der Bürgermeister seine Erfolge bei unzähli-

gen Presseterminen anpreist. Seine Zeit als Bürgermeister wird wohl als gleichermaßen glücklose und kurze Episode in Erinnerung bleiben.

Probleme der CDU-Fraktion

Auch die CDU-Fraktion mit ihrem zurückgetretenen Vorsitzenden Hölscher spielte keine rühmliche Rolle. Fast alle Vorstöße des Bürgermeisters wurden von der Mehrheitsfraktion unkritisch abgenickt. Gut, dass es den Oppositionsparteien durch Beantragung geheimer Abstimmungen zumindest einige Male gelang, Mitglieder der CDU-Fraktion zu einem Nein und damit zur Ablehnung unsinniger Vorschläge (Erwerb eines Gebäudes im Gewerbegebiet als neuer Bauhof usw.) zu bewegen.

Kandidat Merschjohann

Die Amtsführung Wanges wurde auch von seinem allgemeinen Vertre-

ter Dieter Merschjohann, wie viele Pressefotos belegen, mitgetragen. Ihn zum Nachfolger von Wange zu küren, wirft die Frage auf, ob es in der mitgliederstarken CDU im Stadtgebiet Lichtenau keine geeigneten Kandidaten für den Posten des Bürgermeisters gibt. Jedenfalls hat sich Merschjohann selbst vor 5 Jahren als Verwaltungsfachmann und für die Position eines Bürgermeisters nicht geeignet bezeichnet. Offensichtlich ist auch die CDU in Atteln hiervon überzeugt, wenn sie einen anderen Kandidaten ins Spiel bringt und damit Merschjohann schon demontiert, bevor er nominiert ist.

Verantwortlich:

J. Hartmann, Im Soratfeld 6,
33165 Lichtenau, Tel. 05295/551,
E-Mail: JHartm4767@aol.com,
Internet: www.spd-lichtenau.de

Mitarbeit ohne Mitgliedschaft

Brennt Ihnen in einem der 15 Dörfer der Stadt Lichtenau ein Thema besonders unter den Nägeln, das dort aktuell nicht auf der Tagesordnung steht? Sind Sie als Jugendlicher an Politik interessiert, ohne sich parteipolitisch binden zu wollen? Möchten Sie einmal hautnah miterleben, wie Kommunalpolitik funktioniert?

Die SPD-Fraktion im Rat der Stadt Lichtenau möchte die Zusammenarbeit mit den Bürgerinnen und Bürgern intensivieren. Wir öffnen unsere Fraktions- und Vorstandssitzungen und freuen uns über jeden, der mit uns kommunalpolitische Themen diskutieren will!

Wir bieten:

Mitarbeit auf Zeit, - Mitarbeit an einem speziellen Thema, - Mitarbeit als sachkundiger Bürger/sachkundige Bürgerin in einem Ausschuss